

# beraten und beschlossen

## Aktuelles aus der Landessynode

VII. Tagung der 26. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers  
22. bis 25. November 2022

### Haushaltsplanung in unsicherer Zeit

#### Landessynode beschließt ausgeglichenen Doppelhaushalt für 2023/24

Der Haushaltsplan der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers für die Jahre 2023 und 2024 ist beschlossen: Am letzten Tag ihrer Herbsttagung im hannoverschen Henriettenstift erteilte die Landessynode dem umfangreichen Zahlenwerk ihre Zustimmung. Der in Aufwendungen und Erträgen ausgeglichene Etatplan hat für das Jahr 2023 ein Volumen von 722,9 Millionen Euro; für 2024 sind es 729,6 Millionen.

Erstmals wurde der Haushaltsplan von Oberlandeskirchenrat Fabian Spier, Leiter der Finanzabteilung im Landeskirchenamt, eingebracht. Er sprach von einem „Sparhaushalt“, obwohl das Gesamtvolumen des Etats um rund 60 Millionen anwuchs: Vorgesehen seien Einsparungen von jeweils zwei Prozent pro Jahr. Grund für das Anwachsen des Volumens seien die Eingliederung mehrerer großer Einrichtungen sowie steigende Personalkosten, Versorgungslasten und Zuweisungen an die Kirchenkreise.

„Knapp 90 Prozent der Einnahmen der Landeskirche bestehen aus Kirchensteuern“, stellte Spier fest. Für die kommenden Jahre sei mit einer „stabilen Seitwärtsbewegung der Erträge“ zu rechnen, da sich die Auswirkungen von Mitgliederschwund einerseits und wachsenden Einkommen andererseits voraussichtlich die Waage hielten. Im Ergebnis bringe diese Entwicklung einen Realverlust mit sich, der mit einer noch stärkeren Wirtschaftlichkeit des kirchlichen Handelns kompensiert werden müsse. Mit Blick auf die inhaltliche Schwerpunktsetzung hob Spier neben



Mit klarer Mehrheit verabschiedeten die Mitglieder der Landessynode den landeskirchlichen Haushaltsplan für die Jahre 2023 und 2024.

den Ausgaben für Kirchengemeinden und Pfarrdienst, die rund zwei Drittel aller Aufwendungen ausmachen, eine Reihe von landeskirchlichen Projekten hervor. Dazu gehören unter anderem der Fonds attraktives Gemeindebüro, der Zukunftsprozess, die Vorbereitung des Kirchentages in Hannover, energetische und Gebäudesanierungen sowie die Kirchenvorstandswahl 2024.

Marie-Luise Brümmer (Sprengel Hannover), Vorsitzende des Finanzausschusses, hob hervor, dass die Haushaltsplanung von erheblichen Unsicherheiten belastet sei und sie nichts schönreden wolle. *Weiter auf S. 2*

#### Aus dem Inhalt

Perspektiv- und Prioritätenplanung	Seite 2
Lob für breite Beteiligung	Seite 3
Ausbau von Photovoltaik-Anlagen	Seite 5



EVANGELISCH-LUTHERISCHE  
LANDESKIRCHE HANNOVERS

## Hin zu einer Perspektiv- und Prioritätenplanung

### Landessynode bringt neuen Ausschuss zur Finanzplanung auf den Weg

Fortsetzung von Seite 1

Der Plan enthalte keine Zukunftsziele bis 2028, bemängelte Brümmer im Namen des Finanzausschusses; es fehle das, was zukünftig aus Finanzgründen unterlassen werden soll. „Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben wird sich weiter öffnen“, so Brümmer.

Erstmals hatten der Finanzausschuss und der Landessynodalausschuss (LSA) den Haushaltsplanentwurf gemeinsam nach der neuen Verfassung beraten. Der stellvertretende LSA-Vorsitzende Martin Steinke (Sprengel Osnabrück) stellte für beide Ausschüsse den Antrag, einen „Querschnittsausschuss Finanzplanung“ zu bilden, der sich ab sofort intensiv mit der Planung der Haushaltsjahre 2025/26 beschäftigen soll. Dieser Ausschuss, den die Landessynode mit breiter Zustimmung auf den Weg brachte, soll sich mit Zielformulierungen befassen und der Landessynode fortlaufend über die Ergebnisse berichten. „Der Ausschuss soll Bestandteil des Zukunftsprozesses sein und die Möglichkeit haben, sich dessen Instrumenten bedienen zu können“, so Steinke. Dem Ausschuss sollen je-

weils zwei Mitglieder aus dem LSA, dem Finanzausschuss und dem Planungsausschuss angehören, außerdem zwei Beauftragte aus dem Landeskirchenamt und ein Mitglied des Bischofsrates.

„Wir wollen weg vom Rasenmäher und hin zu einer Perspektiv- und Prioritätenplanung, die nicht hinter verschlossenen Türen stattfinden darf“, so Steinke. „Wir haben Ansprüche an die Transparenz solcher Prozesse.“

Keine Zustimmung fand ein Antrag des Synodalen Stephan Preuß (Osnabrück): Er hatte für den Ausschuss für Kirchenmusik und Kultur beantragt, die sogenannten KW-Vermerke an Stellen von Kirchenmusiker\*innen bis 2025 auszusetzen und die Stellen durch nicht abgerufene Mittel für musikalische Regionalzentren zu refinanzieren. „Kirchenmusik ist eine starke Kraft zur Ge-

winnung und Bindung von Menschen“, hatte Preuß argumentiert.

Weiter beschloss die Landessynode auf Antrag von Corinna Engelmann (Hildesheim-Göttingen), so bald wie möglich einen Runden Tisch einzurichten, dessen Aufgabe es sein soll, ein Konzept zur weiteren Finanzierung der landeskirchlichen Klöster zu entwickeln.



Marie-Luise Brümmer, Vorsitzende des Finanzausschusses, forderte Zukunftsziele für die Finanzplanung.

## Thema Umsatzsteuer

Am Rande seiner Haushaltsrede informierte Oberlandeskirchenrat Fabian Spier die Landessynode darüber, dass die Neuregelung der Umsatzsteuer für juristische Personen des öffentlichen Rechts voraussichtlich um weitere zwei Jahre verschoben werde.

In Sachen Umsatzsteuer sei bislang einiges schiefgelaufen, erwiderte der Synodale Steffen Creydt (Sprengel Hildesheim-Göttingen). Verzögerungen im Landeskirchenamt hätten in den Kirchenämtern für enorme Belastung gesorgt; die zwei Jahre Aufschub müssten nun dazu genutzt werden, dies aufzuarbeiten und zukünftig manches besser zu machen.

## Knowhow für Großschadensereignisse

Es war ein einschneidendes Erlebnis für die Kirchengemeinde St. Georg Mellendorf im Kirchenkreis Burgwedel-Langenhagen: Bei einem Brand im Januar 2020 verlor sie ihr Gemeindehaus. In der Folge brachte der Synodale Dr. Johannes Keymling (Sprengel Hannover) einen Antrag in die Landessynode ein: Das Landeskirchenamt (LKA) solle gebeten werden, für den Fall eines großen Gebäudeschadens eine To-Do-Liste zu erstellen, in der die Aspekte Versicherung, Raumplanung, Baumaßnahmen, Fundraising und Öffentlichkeitsarbeit gebündelt werden sollten. Auch solle eine direkte Ansprechpartnerin oder ein Ansprechpartner im LKA benannt werden.

Gegen die Einrichtung einer solchen Koordinierungsstelle spreche die Seltenheit von Großschadensereignissen, erklärte dazu Dr. Bettina Siegmund (Ostfriesland-Ems), Vorsitzende des Umwelt- und Bauausschusses. Das LKA könne in derartigen Fällen Hilfestellung leisten; die Anforderungen seien aber jeweils so individuell, dass sie auf Ebene der Kirchenkreise und -ämter bearbeitet werden müssten.

Nachdem die Landessynode seinem Antrag nicht gefolgt war, erklärte Keymling, das in Mellendorf erworbene Knowhow gerne Betroffenen zur Verfügung zu stellen. Es könne auch in den Zukunftsprozess eingespeist werden.

## Lob für breite Beteiligung an der Gesetzgebung

### Landessynode verabschiedet eine neue Kirchenkreisordnung

Im Mai 2022 hatte das Landeskirchenamt (LKA) der Landessynode mit dem Aktenstück Nr. 59 den Entwurf für eine Neufassung der Kirchenkreisordnung (KKO) vorgelegt. Vorangegangen war ein breit angelegtes Beteiligungsverfahren. In den folgenden Monaten berieten mehrere Ausschüsse das Papier, das Dr. Fritz Hasselhorn (Sprengel Osnabrück) als Vorsitzender des federführenden Planungsausschusses nun mit mehreren Änderungsanträgen zur Abstimmung in die Landessynode einbrachte.

In seiner Rede ging Hasselhorn auf einzelne inhaltlich bedeutsame Änderungsvorschläge der Ausschüsse ein, die im Aktenstück Nr. 59 B zusammengefasst sind. Hier werden unter anderem die Vertretung von Kirchengemeinden in den Kirchenkreisvorständen, die Größe der Kirchenkreissynoden, die Repräsentanz junger Menschen, der Umgang mit sogenannten Genehmigungsvorbehalten und das Gastrecht von Mitgliedern der Landessynode in

den Kirchenkreisvorständen geregelt.

Zukünftig besteht bei der Wahl eines Kirchenkreisvorstandes die Möglichkeit, Stimmen auf einen oder mehrere Vorschläge zu kumulieren. Die Kumulation diene dem Minderheitenschutz, so die Begründung; künftig könnten auch Minderheiten in den Kirchenkreissynoden der Mehrheit durch Kumulation ihrer Stimmen etwas entgegensetzen.

Die Größe der Kirchenkreissynoden muss künftig zwischen mindestens 40 und höchstens 75 Mitgliedern liegen; mindestens zehn dieser Personen sollen durch Berufung gewonnen werden. Eingang in die neue Kirchenkreisordnung fand auch die Förderung der Vielfalt in den Kirchenkreissynoden: Bei der Aufstellung der Wahlvorschläge sollen Menschen jeden Geschlechts und junge Menschen angemessen berücksichtigt werden. „Ich bin sehr froh, Teil einer Synode zu sein, die nicht auf das binäre Geschlechtersystem fokussiert und dem Thema Jugendbeteiligung große Aufmerksamkeit widmet“, erklärte dazu Torben Salm (Hildesheim-Göttingen).

Weiter ermöglicht die neue Kirchenkreisordnung mehr Flexibilität im Umgang mit Genehmigungsvorbehalten, die bislang für eine ganze Reihe von Vorgängen die Genehmigung durch das Landeskirchenamt verlangen. Zukünftig können probeweise Genehmigungsvorbehalte entfallen, wenn durch andere Verfahren dem Zweck dieser Vorbehalte Rechnung getragen wird. Die sogenannte Erprobungsregelung muss auf längstens fünf Jahre befristet und regel-

mäßig evaluiert werden. Analog regelt das ebenfalls beschlossene KKO-Begleitgesetz Genehmigungsvorbehalte, die bislang gegenüber den Kirchenkreisvorständen bestehen. Auf Antrag von Steffen Creydt (Hildesheim-Göttingen) beschloss die Landessynode darüber hinaus eine weitere Erleichterung für die Kirchenkreise und -ämter: Eine Genehmigung durch das LKA gilt zukünftig als erteilt, wenn innerhalb von drei Monaten kein Bescheid ergangen ist – diese Fristsetzung wird auch durch eine Zwischennachricht nicht mehr ausgehebelt.

Eine weitere Neuregelung, die auf Antrag von Martin Steinke (Osnabrück) in die KKO aufgenommen wurde, dient der Stärkung der Kommunikation zwischen Landessynode und Kirchenkreisen: Kirchenkreisvorstände laden zu ihren Sitzungen künftig alle Mitglieder der Landessynode aus ihrem Kirchenkreis ein.

„Ich habe mich besonders darüber gefreut, dass wir im Beteiligungsverfahren einiges bewegen konnten und viele Rückmeldungen der Kirchenkreise aufgegriffen wurden“, lobte Steffen Creydt das insgesamt rund fünf Jahre dauernde Verfahren zur Neufassung der KKO. „Diese breite Aufstellung wird uns als Kirche gut tun“, hob auch Dr. Hasselhorn hervor. Daniel Aldag (Ostfriesland-Ems) sprach von einer „Demokratisierung der Kirchengesetze“ und einem dank breiter Beteiligung gelungenen Gesetz.

Dr. Rainer Mainusch, juristischer Vizepräsident des Landeskirchenamtes, dankte den Synodalen für die Diskussion, die unmittelbar vor der Gesetzeslesung noch mehrere kritische Punkte im Text aufgriff: „Das habe ich so wohl noch nicht erlebt.“ Mainusch hob die Entwicklung von Grundsätzen für Kommunikation und Beteiligung „auch über die üblichen Verdächtigen hinaus“ hervor und stellte die Frage, wo eigentlich die Kommunikation wichtiger Beschlüsse der Kirchenkreisvorstände ihren Platz finden solle.



Dr. Fritz Hasselhorn brachte die vom Planungsausschuss zusammengestellten Änderungsanträge ein.

## Zukunftsprozess könnte zum Lackmustest werden

### Landessynodalausschuss wünscht sich Impulse für die Diskussionskultur

„Es ist kalt geworden in unserem Land“ – mit diesem bitteren Befund eröffnete Martin Steinke (Sprengel Osnabrück) den Bericht des Landessynodalausschusses (LSA), den er in Vertretung für den Vorsitzenden Jörn Surborg vortrug. Kalt geworden sei es im Umgang miteinander und in der öffentlichen Debatte; wahrnehmbar unter anderem an der Verrohung der Sprache und dem Umgang von Politiker\*innen miteinander. Es sei ein Alarmzeichen, wie Niedersachsens Kultusministerin Julia Willie Hamburg (Grüne) nach ihrer Berufung in den VW-Aufsichtsrat abqualifiziert worden sei: „Bei der Berufung von Männern, auch solchen mit Lehramtsstudium und Misserfolgen, ist so etwas noch nie geschehen“, stellte Steinke fest und dankte Oberlandeskirchenrätin Dr. Kerstin Gäfgen-Track für ihre engagierte Stellungnahme zugunsten der Berufung Hamburgs.

Auch in der Kirche nähmen derartige Vorgänge zu, erklärte Steinke am Beispiel des Eintretens der EKD-Synode für eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf deutschen Straßen und die folgenden hämischen Reaktionen in der Öffentlichkeit. „Auf der Strecke bleibt die Bereitschaft, voneinander zu lernen und Argumente auszutauschen“, so Steinke; dies gelte auch für das Verhältnis der kirchlichen Basis zu „denen da oben“. Das Beteiligungsforum des Zukunftsprozesses könne hierfür zum Lackmustest werden. „Nichts hält uns ab, als Landessynode im Beiteiligungsprozess selbst Impulse zu setzen“, so Steinke.

Ausführlich ging Steinke auf die unerwarteten Kirchensteuermehreinnahmen ein, die aus der im September vom Bund ausgezahlten Energiepreispauschale hervorgingen. Etwa fünf Millionen Euro zusätzlich nimmt die hannoversche Landeskirche so ein; diese Mittel werden mit Zustimmung des LSA jedoch nicht im allgemeinen Haushalt verbucht, sondern an die Kirchenkreise weitergegeben. Hier müssen sie, je nach Bedarf, zur Unterstützung notleidender

Menschen verwendet werden. Eine erste Teilauszahlung über 2,5 Millionen Euro wird im Dezember erfolgen; eine zweite in gleicher Höhe dann im kommenden Jahr.

Mehr Kostensicherheit bei künftigen landeskirchlichen Großbaustellen – auch dieses Anliegen beschäftigte den LSA in den zurückliegenden Monaten. Aus den enormen Kostensteigerungen beim Predigerseminar Loccum müsse gelernt werden, so müsse man etwa bei der Akquise von Drittmitteln deutlich vorsichtiger kalkulieren und Entscheidungen auf der Basis von Kostenberechnungen treffen, nicht mehr aufgrund von Kostenschätzungen. In diesem Zusammenhang sei dem LSA deutlich geworden, dass ihm hier in Zusammenarbeit mit dem Landeskirchenamt eine entscheidende Mitverantwortung bei der Realisierung von Großbauvorhaben zukomme – stellvertretend für die Landessynode mit ihrer Budgetverantwortung. Dennoch: Der LSA behalte sich vor, relevante Entscheidungen vom Plenum der Landessynode treffen zu lassen, auch wenn das eine zeitliche Verzögerung bedeute, betonte Steinke.

In seinem Tätigkeitsbericht führt der LSA auch die Zustimmung zur zeitlich befristeten Erhöhung der Fahrtkostenpauschale für die Nutzung privater PKW auf 38 Cent je Kilometer an. Auf Antrag von Ann-Marie Reimann (Hannover) bat die Landessynode das Landeskirchenamt zu prüfen, ob die Verdoppelung der Erstattung für die Nutzung eines Fahrrades von 10 auf 20 Cent je Kilometer möglich sei.



*Martin Steinke brachte den von Jörn Surborg vorbereiteten Bericht des LSA ein.*

### Ziele verfehlt

Mit dem Thema Bauen befasste sich die Landessynode auch anhand des Berichtes aus dem Landeskirchenamt (LKA) zum Erprobungsprojekt „Baufachzentrum“. Dr. Bettina Siegmund (Ostfriesland-Ems), Vorsitzende des Umwelt- und Bauausschusses, erklärte, das Ziel einer einheitlichen Struktur für die Baufachverwaltung sei in dem kontroversen Prozess nicht erreicht worden, der Gewinn bestehe jedoch in einer jetzt umfangreichen Datenlage. Verfehlt worden sei auch das Ziel, Kosten zu sparen – sie seien lediglich an andere Stellen verlagert worden. Das Modell der ursprünglich favorisierten regionalen Baufachzentren sei zwar zu empfehlen und der Umwelt- und Bauausschuss werbe um Beteiligung; parallel könnten aber auch andere funktionierende Lösungen erhalten bleiben.

Die Landessynode beschloss einen durch Siegmund eingebrachten Antrag, der das LKA auffordert, alle im Prozess gewonnenen Erkenntnisse und Informationen zu den Baufachzentren aufzuarbeiten und den Kirchenkreisen zur Verfügung zu stellen.

## „Die Zeit für Veränderung ist da“

### Landessynode will Ausbau von Photovoltaik-Anlagen beschleunigen

„Langsam wird es auch den Letzten klar: Die Zeit für Veränderung ist da.“ Mit eindringlichen Worten begann Dr. Bettina Siegmund (Sprengel Ostfriesland-Ems), Vorsitzende des Umwelt- und Bausschusses, ihren Bericht zur Nutzung von Solarenergie auf Dächern kirchlicher Gebäude. Nötig sei ein konsequenter und zügiger Ausstieg aus fossilen Energieträgern, betonte sie; dafür leiste das Aktenstück Nr. 33 B Hilfestellung.

Die dezentrale Erzeugung von Solarenergie sei ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz, betonte Siegmund. Die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen (PV) seien günstig, und eine Änderung des Denkmalschutzgesetzes mache die Nutzung auch von Kirchendächern möglich. Angesichts begrenzter Ressourcen und rund 8.000 kircheneigener Gebäude sei es aber notwendig, zu priorisieren und zunächst die Standorte auszubauen, die einen wirtschaftlichen Betrieb ermöglichen. Vielfältige Beratung zum Thema Photovoltaik gebe es bereits, Unterstützung für Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen könne darüber hinaus durch die Ämter für Bau- und Kunstpflege sowie das Gebäudemanagement in den Kirchenkreisen geleistet werden. Die Finanzierung von PV-Anlagen sei in der Regel über eine Kreditaufnahme zu leisten und müsse in die Wirtschaft-

lichkeitsberechnung einfließen. Eine landeskirchliche Handreichung werde bald zur Verfügung stehen, ebenso Musterverträge für Kirchengemeinden. Problematisch seien allerdings der Fachkräftemangel und Lieferengpässe bei den Firmen. Dennoch: „Klimaschutz ist ein Langstreckenlauf, kein Sprint. Machen wir uns auf den Weg!“, so Siegmund.

In der anschließenden Aussprache kritisierte Dr. Fritz Hasselhorn (Osnabrück), dass es in der Neufassung der Kirchenkreisordnung (KKO) und ihres Begleitgesetzes Genehmigungsvorbehalte seitens des Landeskirchenamtes (LKA) für sämtliche Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien gebe. „Ist das unsere neue Klimastrategie?“, stellte Hasselhorn als provozierende Frage in den Raum. „Ich kann mir eher das Gegenteil vorstellen: Anlagen für fossile Energie nur noch mit Genehmigungsvorbehalt.“ In ihrer Abstimmung zur KKO folgten die Synodalen Hasselhorns Kritik und ließen den Genehmigungsvorbehalt nur für Windkraftanlagen im Gesetzestext.

„Es sind nicht nur Klimaschutzaspekte, die eine Rolle spielen“, erklärte Oberlandeskirchenrat Adalbert Schmidt, Leiter der Bauabteilung im LKA. Mit Pho-



*Dr. Bettina Siegmund plädierte für einen konsequenten Ausstieg aus fossilen Energieträgern.*

tovoltaik-Anlagen werde auch sehr viel Geld verdient und es gehe darum, Risiken von den Kirchengemeinden fernhalten. „Wir wünschen uns Assistenz für die Kirchenkreise, Genehmigungsvorbehalte aber können alles aushebeln“, erwiderte Gabriele Furche (Stade). „Ich wünsche mir eine Ermöglichungskultur“, betonte Christine Rinne (Hannover).

Die Landessynode beauftragte das Landeskirchenamt zu prüfen, welche Möglichkeiten zur zentralen Anschaffung und zum zentralen Betrieb von Photovoltaik-Anlagen es gebe.

## Klimaschutz: Erkenntnisse allein reichen nicht aus

Unter der Überschrift „Klimaschutz verbindlich gestalten“ gab Reinhard Benhöfer, Umweltbeauftragter der Landeskirche, vor der Landessynode einen mündlichen Bericht. „Erkenntnisse allein reichen nicht aus, um Notwendiges zu tun – es bedarf der Beteiligung, Vermittlung, Diskussion und abgestimmter Mittel und Wege, um zum Ziel zu kommen“, betonte er. Benhöfer be-

richtete von vier Sprengel-Workshops zum Thema, die bereits stattgefunden hätten und auf überwiegend positive Resonanz gestoßen seien; zwei weitere Workshops würden im Januar 2023 folgen. Alle Teilnehmenden seien sich darin einig gewesen, dass es in den Kirchengemeinden standardisierte Verfahren zur Erhebung und Verarbeitung klimarelevanter Daten geben müsse,

allerdings würden die dafür zur Verfügung stehenden digitalen Möglichkeiten viel zu wenig genutzt.

Beim Thema nachhaltiges Bauen gebe es einerseits Zustimmung, andererseits die Sorge vor hohen Kosten, erklärte Benhöfer weiter. Für die Forderung nach mehr Artenvielfalt auf Kirchenland gebe es breite Zustimmung, aber auch Anfragen. *Weiter auf S. 6*

## Anträge zielen auf Beteiligung und Vielfalt

### Anliegen der Jugendsynode sollen weiterentwickelt werden

„Was ist daraus geworden – außer schönen Erinnerungen? Was bleibt?“ Mit diesen Worten leitete Christian Berndt (Sprengel Lüneburg) als Vorsitzender des Jugendausschusses den Zwischenbericht zur Auswertung der Jugendsynode im Frühjahr 2022 ein. Entsprechend deren Motto „bunt.mutig.klar“ müsse sich die Landeskirche weiterentwickeln; dies sei vor allem eine Frage der Haltung. Berndt regte an, Forderungen und Anregungen der Jugendsynode auch in den Zukunftsprozess aufzunehmen.

In der Aussprache erklärte Torben Salm (Sprengel Hildesheim-Göttingen), die beteiligten jungen Menschen hätten gute Erinnerungen an die Jugendsynode in Hannover, stellten jedoch auch Fragen nach konkreter Umsetzung der dort verhandelten Anliegen. Mit einer Reihe von Anträgen werde die Arbeit nun konkret; zudem sei für die nächste Legislaturperiode der Landessynode eine weitere Jugendsynode geplant.

Gemeinsam mit Salm stellten Silke Kahmann, Kea Irmer (beide Ostfries-

land-Ems) und Antonia Potempa (Stade) eine Reihe von Anträgen vor, die aus den Beratungen der Jugendsynode entwickelt worden waren. Darin sowie in den Anträgen des Jugendausschusses geht es um die Erstellung von Info- und Werbematerial für das aktive und das passive Wahlrecht bei den kommenden Kirchenvorstandswahlen, die Entwicklung eines Qualifizierungsmoduls für junge ehrenamtlich Tätige in der Konfirmand\*innenarbeit, die Erstellung einer Arbeitshilfe zur geschlechtersensiblen Gemeindearbeit und zur Entwicklung einer Willkommenskultur für queere Menschen, digitale jugendgerechte Erklärformate zu kirchlichen Strukturen, Kostenerstattung für Ausgaben im Zusammenhang mit ehrenamtlicher Tätigkeit, die Bereitstellung von WLAN in allen Gemeindehäusern, die landeskirchenweite Verfügbarkeit der technischen Infrastruktur für digitale und hybride Sitzungen sowie die Entwicklung von Standards für die inklusive Gestaltung kirchlicher Veranstaltungen. Die Landessynode stimmte allen Anträgen zu. In diesem Zusammenhang regte Dr. Johannes Keymling (Hannover) an, bei zukünftigen Sitzungen der Landessynode Gebärdendolmetscher\*innen einzusetzen.



Antonia Potempa (von links), Silke Kahmann, Kea Irmer und Torben Salm erläuterten eine Reihe von Anträgen.

## „Wir sind zu Verhaltensänderungen in der Lage“

Fortsetzung von Seite 5

Wiederkehrend gestellt werde die kritische Frage, warum verpachtetes Kirchenland bei diesem Thema ausgeklammert werde. Benhöfer verwies auch auf die mittlerweile verabschiedete EKD-Klimaschutzrichtlinie und die Empfehlung der EKD an die Landeskirchen, analoge Regelungen zum Klimaschutz zu treffen.

„Die mir bekannten Energieeinsparmaßnahmen vieler Kirchengemeinden für die aktuelle Heizperiode beweisen, dass wir zu wirksamen und consequen-

ten Verhaltensänderungen in der Lage sind“, stellte Benhöfer fest. Dass dies auch systematisch und dauerhaft gelinge, müsse allerdings noch unter Beweis gestellt werden.

In der Aussprache erinnerte Ruth Scheffler-Hitzegrad (Sprengel Stade) an das noch ausbaufähige landeskirchliche Projekt „Dienstrad-Leasing“. Dr. Martin Krarup (Stade) stellte fest, dass die Totalerfassung des Energieverbrauchs hohen Aufwand verursache und schlug das Hochrechnen von Stichproben vor. Wer wirtschaftlich arbeiten und das

Klima schützen wolle, müsse seine Verbrauchsdaten kennen, erwiderte Benhöfer. Dennoch sei das bei nicht einmal der Hälfte aller Kirchengemeinden der Fall, obwohl allen das sogenannte Grüne Datenkonto zur Verfügung stehe. Möglicherweise seien hier die Kirchenämter gefragt, denen auf Basis von Energierechnungen die Verbrauchsdaten der Kirchengemeinden vorliegen. Ein Eintrag dieser Daten bei der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg würde den Überblick ermöglichen.

# Die Apokalypse – Hoffnung in der Hoffnungslosigkeit

## Landesbischof fordert die Kirche zu konsequentem Handeln in der Krise auf

„Wahrscheinlich sind die etablierten Kirchen oft mit allzu nebensächlichen, allzu belanglosen Problemen beschäftigt, denken noch zu sehr an ihre Selbstbestätigung. Heute aber steht nicht mehr das Schicksal von Kirchen, heute steht das Schicksal der Welt auf dem Spiel. Es geht um das Überleben des Lebens.“ Mit diesen, etwa 40 Jahre alten Sätzen des Schweizer Theologen Kurt Marti eröffnete Landesbischof Ralf Meister (Foto) seinen Bericht vor der Landessynode. „Mit Ernüchterung, Scham und Schuld schaue ich auf das vergangene halbe Jahrhundert einer systematischen Naturzerstörung, an der ich bis heute Anteil habe“, fuhr Meister fort. Dieses Eingeständnis von Schuld geschehe auch vor dem Hintergrund, dass Menschen seiner Generation bereits vor 40 Jahren Wissen über Naturzerstörung und Klimawandel hatten.

Mit Blick auf die scheinbar unausweichliche Klimakatastrophe werde häufig das Wort „Apokalypse“ herangezogen, so Meister weiter. Dieses Wort, das im allgemeinen Sprachgebrauch eine Katastrophe schlimmsten Ausmaßes meint, eröffne jedoch auch eine Perspektive: „Im letzten Buch der biblischen Apokalypse wird der Blick im Angesicht einer Krisenzeit nach vorn gerichtet. Die apokalyptische Geschichte vom Ende der Tage kündigt neue Tage an, sie verweist auf eine Zukunft, die vor uns liegt.“

Apokalypse bedeute Offenbarung, Aufdeckung, Enthüllung, betonte der Landesbischof. Es gehe um eine schonungslose Schärfung der Wahrnehmung der aktuellen Lage; häufig höre er in diesem Zusammenhang, dass der Umfang der Katastrophe eine Überforderung sei. „Aber das ist auch eine Chance – diese Zeit wirft uns ja nicht nur in Ratlosigkeit und Verwirrung, sondern produziert auch neue Ideen, Erfindungsreichtum und Verhaltensänderungen. Diese Zeit ist gefüllt von all dem Möglichen und Unmöglichen, was jetzt zu tun ist.“

Dennoch: Anders als in der Apokalypse des Johannes werde die allgemeine Rede von der Apokalypse heute zutiefst pessimistisch eingesetzt, übrig bleibe dabei nur ein universelles Untergangsszenario: „An die Stelle der Neuschöpfung tritt die Selbstvernichtung.“ Die Johannesapokalypse hingegen sei als Buch gegen die Resignation geschrieben worden, sie sei ein „Anti-Depressivum“ für Menschen, denen die Probleme als zu groß erschienen.

Meister berichtete von Gesprächen mit jungen Menschen der „Letzten Generation“, die ihn stark herausgefordert hätten. Er würdigte die Zivilcourage und die mutigen Schritte der Aktivist\*innen, verband sie aber auch mit der Frage, wie extrem Widerstand werden dürfe. „Und was erwarten diese Menschen von uns als Kirche? Mindestens doch konsequentes Handeln in den eigenen Reihen.“ Stattdessen würden sich manche derjenigen, die vor 20, 30 oder 40 Jahren schon etwas Besseres hätten auf den Weg bringen können, in Besserwisserie erheben. „Wo bleibt der Call for Action für die Kirche?“ – eindringlich und losgelöst von seinem Redemanuskript stellte Meister diese Frage in den Raum.

Im zweiten Teil seines Berichtes unter der Überschrift „Konkretionen“ ging der Landesbischof auf die Situation in der Pflege ein und richtete einen Appell an die Politik, bei der Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland nicht deren Defizite, sondern Fertigkeiten und Fähigkeiten in den Fokus zu nehmen. Anerkennung sprach Meister dem Beteiligungsprozess „Klimaziele verbindlich gestalten“ aus: „Dieser Prozess zeigt, wie schnell Ergebnisse erzielt



werden können, wenn engagierte Menschen sich aktiv einbringen.“

Meister hob auch eine Resolution der Kirchenkreissynode Emsland-Bentheim hervor, die sich dafür ausspricht, die Standortentscheidung für ein atomares Endlager allein an wissenschaftlichen Erkenntnissen, nicht aber an regionalen Egoismen festzumachen. Weitere Abschnitte seines Berichtes widmete er dem landeskirchlichen Projekt „#wärmewinter“, der Bedeutung von Bildung für eine nachhaltige Entwicklung auch in der Vikarsausbildung, dem Taufjahr 2022 und einer Reise in den Libanon, bei der die Partnerschaft der hannoverschen Landeskirche mit der National Synod of Syria and Libanon und ein Schulprojekt im Mittelpunkt standen.

Das vertraute dreifache „Halleluja“ zum Ende seines Berichtes widmete Meister Pastorin Rola Seimann in Tripoli, der ersten Frau in der arabischen Welt, die in ein geistliches Amt ordiniert wurde; Dr. Hamideh Mohagheghi, Vertreterin der Muslime im Rat der Religionen in Hannover und eine der wichtigsten weiblichen muslimischen Stimmen in Europa; den Büchern und insbesondere einem unter ihnen: „Rotkäppchen rettet den Wolf“ von Petra Piuk. „Jetzt, sagt Rotkäppchen, retten wir den Planeten!“, heißt es am Ende dieses Buches.

## „Wie kommen wir schnell ins Handeln?“

### Synodale diskutieren den Bericht des Landesbischofs

In der auf den Bischofsbericht folgenden Aussprache dankten mehrere Synodale Ralf Meister für seine Mut machenden Worte. „Ich danke Ihnen sehr, dass Sie die Apokalypse mit einer positiven Perspektive haben enden lassen – diese Botschaft ist unser Auftrag“, hob Dr. Jörg Zimmermann (Sprengel Lüneburg) hervor. Die Organisation Kirche sei schwerfällig wie ein Tanker, habe sich aber auf den Weg gemacht und es sei Aufgabe aller, sich daran zu beteiligen.

„Was könnte ein Schritt sein, um schnell ins Handeln zu kommen?“, fragte Rainer Müller-Brandes (Hannover) und leitete damit zu einem Antrag über, den Ines Trzaska (Hannover) einbrachte: Das Landeskirchenamt möge die Gründung einer gemeinnützigen GmbH zur Nutzung von Solaranlagen auf kirchlichen Dächern prüfen, verbunden mit der Entwicklung eines Konzeptes, das alle notwendigen rechtlichen und finanziellen Schritte einschließe. Auf Vorschlag von Ruben Grüssing (Ostfriesland-Ems) wurden in den Antrag, den die Landesynode beschloss, auch Anlagen auf

Freiflächen aufgenommen.

Anna Kempe (Lüneburg) äußerte die Erfahrung, dass ehrenamtlich Tätige nicht immer die Unterstützung und Anerkennung erhielten, die sie brauchten: „Das Ehrenamt hat eine unglaublich wichtige Rolle!“

Im Schlusswort ging Ralf Meister schließlich noch einmal auf das in seinem Bericht verwendete Wort „Scham“ ein: „Dieser Begriff umfasst all das, was meine Generation im Klimaschutz versäumt

hat. Er ist zentral: Scham ist der erste Schritt, um etwas zu verändern, um eine klare Sicht auf Dinge, die man früher



*Ines Trzaska warb mit eigenen guten Erfahrungen als Geschäftsführerin einer diakonischen Einrichtung um die Gründung einer gGmbH zum Betrieb von Photovoltaik-Anlagen.*

richtig fand, zu gewinnen. Scham ist ein zentraler Schritt, um das Wertesystem auszurichten.“

## Verwaltungsreform soll Teil des Zukunftsprozesses werden

### Landeskirchenamt identifiziert zu bearbeitende Themen

„Wir haben die Eingaben der Kirchenkreise sorgsam aufgenommen und in unterschiedlichen Formaten mit vielen Beteiligten diskutiert“, erklärte Dr. Stephanie Springer, Präsidentin des Landeskirchenamtes (LKA), in ihrer Einbringungsrede zum Aktenstück Nr. 64 unter der etwas sperrigen Überschrift „#Kirchenverwaltung2030 – Ein Prozess zur Verwaltungsmodernisierung und Förderung von Innovationskraft in der kirchlichen Verwaltung als Teil des Zukunftsprozesses“.

„Wir haben intensiv erkundet, wo der Schuh drückt und dabei selbstkritisch auch auf das Landeskirchenamt geschaut“, fuhr Springer fort. Schritte

dieser Erkundung und erste Ergebnisse sind im Aktenstück festgehalten; dabei wird insbesondere die Einordnung in den Zukunftsprozess betrachtet.

Als konkreten Schritt zur Verwaltungsreform beschloss das LKA im April 2022 eine Prozessstruktur unter dem Titel „#Kirchenverwaltung2030“ und richtete eine zwölfköpfige Steuerungsgruppe ein sowie ein sogenanntes Prozessteam, in dem Referatsleitungen aus dem LKA und der Geschäftsführung des Hauses kirchlicher Dienste vertreten sind. In einem zweiten Schritt priorisierte die Steuerungsgruppe die aus ihrer Sicht zu bearbeitenden Themen in dieser Reihenfolge: Verein-

fachungen bei Einzelzuwendungen, -abrechnungen und -genehmigungen; Einzelfallmanagement im LKA; Standardisierung und Digitalisierung von geeigneten Verfahren bzw. Aufbau eines digitalen Formularwesens; Einführung eines Ideenmanagements in der Verwaltung; Verbesserung des Projektmanagements; Aufgaben und Arbeit der Rechnungsprüfung; Erkundung von Kooperationsmöglichkeiten insbesondere bei Personalverwaltung, IT und Rechnungswesen; Vereinfachung im Haushaltsrecht; Neuordnung von Aufgaben der Sekretariate und der Assistenz; Einführung agiler Prozesse am Beispiel komplexer Bauverfahren. *Weiter auf S. 9*

## Zentrale Frage nach Genehmigung oder Assistenz

### Aussprache zur Verwaltungsreform ist von deutlicher Kritik geprägt

Fortsetzung von Seite 8

„Kirchliches Leben und seine Verwaltung stehen eng beieinander und in einer Wechselbeziehung“, hob Springer hervor; ohne diese enge Beziehung könnten auch gute Projekte nicht dauerhaft implementiert werden. Transformation brauche Zeit und das Einüben eines radikalen In-Frage-Stellens des eigenen Tuns: „Die Ermutigung dazu ist eine Leitungs- und Kulturaufgabe.“ Dabei sollten sich alle Beteiligten auch „den Blick auf ein Zielbild gönnen, das nicht nur das negativ besetzte Einsparen transportiert.“

In der anschließenden, von deutlicher Kritik geprägten Aussprache stellte Cordula Schmid-Waßmuth (Sprengel Hannover) die Frage, auf welcher Ebene sich die genannten Themen bewegten. Sie erwarte, dass der begonnene Prozess auf alle kirchlichen Verwaltungsebenen Anwendung finde. Daniel Aldag

(Ostfriesland-Ems) bemängelte, dass die identifizierten Themen seit vielen Jahren stark diskutiert würden, ein Durchbruch jedoch nicht in Sicht sei. „Wir brauchen eine dienende Verwaltung, die dort ansetzt, wo die Bedürfnisse sind“, so Aldag.

Was dringend gebraucht werde, sei eine „Sprung-Innovation“, brachte Rainer Müller-Brandes (Hannover) ein ursprünglich von Ralf Meister geprägtes Wort in die Diskussion ein. Mit der Frage nach der zentralen Aufgabe von Verwaltung – Genehmigung oder Assistenz? – werde auch die Machtfrage gestellt. „Wir müssen weg von der Genehmigung, hin zu Assistenz“, forderte Müller-Brandes. „Haben wir diesen Weg wirklich schon betreten?“

Noch deutlicher fiel die Kritik des Synodalen Dr. Jörg Zimmermann (Lüneburg) aus: „Ich höre nette Worte, bei denen ich aber nicht sehe, dass sie

zum Zukunftsprozess passen.“ In den Kirchenkreisen erleide die landeskirchliche Verwaltung einen zunehmenden Vertrauensverlust, das sei dramatisch, so Zimmermann.

Steffen Creydt (Hildesheim-Göttingen) erklärte, er wünsche sich mehr Radikalität in der Verwaltungsreform; etwa die Betrachtung der Frage, ob einzelne Verwaltungsvorgänge effektiver zentral oder in der Fläche bearbeitet werden könnten. Nina Hollung und Christian Berndt (beide Lüneburg) forderten das LKA auf, externe Expertise einzubinden – auch um dem Verdacht zu begegnen, die Verwaltung habe schlicht Interesse daran, sich selbst zu erhalten.

In ihrem Schlusswort bestätigte die LKA-Präsidentin, dass alle Ebenen der kirchlichen Verwaltung in die Reform einbezogen werden sollten. Und: „Bringen Sie sich ein – das Ergebnis wird nur so gut wie die von vielen eingebrachten Ideen.“

## Braucht es ein Kirchenmusikgesetz?

### Landessynode will Arbeitsgruppe zur Prüfung einrichten



Anna Kempe betonte die Bedeutung einer nachhaltigen und strukturierten Förderung der Kirchenmusik.

Braucht es ein neues Gesetz, um Kirchenmusiker\*innen klar in den Verkündigungsdienst einzuordnen? Mit dieser Frage beschäftigten sich in den zurückliegenden Monaten mehrere Ausschüsse der Landessynode unter Federführung des Ausschusses für kirchliche Mitarbeit. Dessen Vorsitzende Anna Kempe (Sprengel Lüneburg) brachte dazu mit dem Aktenstück Nr. 53 A einen Zwischenbericht ein, der zu keinem eindeutigen Ergebnis kommt. Ein Kirchenmusik- oder Kirchenmusikdienstgesetz könne zwar das Profil der Berufsgruppe schärfen sowie Rahmenbedingungen und Standards der Ausbildung festlegen, berge aber auch die Gefahr, flexible Lösungen infrage zu stellen, insbesondere bei neben- und ehrenamtlich tätigen Kirchenmusiker\*innen.

Vor der Landessynode betonte Kempe die Notwendigkeit einer strukturierten und auf Nachhaltigkeit angelegten Förderung der Kirchenmusik sowie die Schaffung von Möglichkeiten für einen qualifizierten Quereinstieg. „Die Nachwuchssorgen sind eine große Herausforderung und sie werden uns bald noch viel stärker belasten“, erklärte Kempe.

Auf Antrag des Ausschusses für kirchliche Mitarbeit bat die Landessynode das Landeskirchenamt, die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Prüfung eines möglichen Kirchenmusikgesetzes zu veranlassen.

## „Wir haben einen Rückstand von 25 Jahren“

### Umsetzung des landeskirchlichen IT-Konzeptes bleibt schwierig

„Spätestens seit Ende der neunziger Jahre sah die Landeskirche in der Informationstechnik ein Werkzeug, für dessen Gebrauch man ein paar Fachleute benötige, das im Übrigen aber keine strukturellen Auswirkungen auf die Kirche habe.“ Mit diesem Satz formulierte Dr. Fritz Hasselhorn (Sprenkel Osna-brück) vermutlich den Ausgangspunkt dessen, was in vielen Kirchenämtern, -kreisen und -gemeinden zurzeit als problematisch erlebt wird. Als Vorsitzender des Planungsausschusses brachte Hasselhorn das Aktenstück Nr. 37 A als Zwischenbericht zur Umsetzung des IT-Konzeptes in der Landeskirche ein. Dabei blickte er bis ins Jahr 1997 zurück, in dem die IT-Abteilung des Landeskirchenamtes (LKA) aufgelöst und deren Aufgaben an eine externe Gesellschaft, die Vorläuferin der heutigen Comramo KID GmbH, übertragen wurden.

2009 beauftragte die Landessynode das LKA mit der Erstellung eines „IT-Konzeptes 2020“, das die Ausstattung der kirchlichen Verwaltung mit Hard- und Software, inklusive Zugangsmöglichkeiten für ehrenamtlich Tätige, beschreiben sollte. Trotz dieses langen Vorlaufs fürchtete er, dass bis zu einem funktionierenden Konzept mit Erleicherungen für die Verwaltung noch eine lange Wegstrecke zurückzulegen sei, erklärte Hasselhorn. Mit der Einstellung von Oberkirchenrat Hergen Hanisch vor drei Jahren sei der richtige Schritt getan worden, allerdings sei der IT-Referent noch immer mit der Schaffung einer grundlegenden Digitalstruktur beschäftigt: „Wir haben gegenüber manch anderen Akteuren einen Rückstand von 25 Jahren.“

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, wieviel Druck und Ärger sich in den Kirchenämtern mittlerweile aufgestaut hat: „Wir kommen nicht weiter“, kritisierte die Synodale und Kirchenamtsleiterin Gabriele Furche (Stade). „Wir müssen feststellen, dass auch die einfachen Dinge nicht funktionieren und solange das so ist, sind wir nicht bereit, uns von funktionierenden Lösungen zu verabschieden“, erklärte sie vor dem Hintergrund, dass die Einführung der Software AppSpace nach einer schwierigen Testphase verschoben werden musste und auch das angekündigte Modul Web-Kasse nicht zur Verfügung steht.

Ann-Marie Reimann (Hannover) erklärte, dass sie nur durch Zufall herausgefunden habe, dass sie den Cloud-Dienst Seafile als Testerin nutzen könne, während sie immer noch Buchungsanweisungen einscannen müsse: „So geht es nicht weiter – ich hätte jetzt gerne Deadlines!“

Hergen Hanisch, der zur Beantwortung von Fragen ins Henriettenstift geeilt war, erklärte, dass Gründe für die Schwierigkeiten bei einer Software-Umstellung des Hersteller lägen, außerdem sei man in der Vergangenheit zu sehr auf individuelle Anforderungen eingegangen. Beim Abarbeiten der langen Projektliste sei er immer noch damit beschäftigt, die IT-Grundstruktur zu gestalten und Basisdienste aufzubauen. Auf die Frage, warum es keine Auftragsvergabe an externe Fachfirmen gebe, erklärte Hanisch, auch für die Begleitung Externer und das Controlling fehle die Kapazität im LKA.

Hoffnung wird jetzt auf einen personellen Ausbau gesetzt: Von 3,5 ausgeschriebenen Stellen in der IT-Abteilung konnte eine besetzt werden; der Stelleninhaber tritt seinen Dienst im Januar an. Um die Personalsituation langfristig zu verbessern, forderte die Landessynode das LKA auf, eine Kooperation mit Hochschulen zu prüfen. Planungs- und Finanzausschuss sollen die weitere Umsetzung des IT-Konzeptes begleiten.

Hoffnung wird jetzt auf einen personellen Ausbau gesetzt: Von 3,5 ausgeschriebenen Stellen in der IT-Abteilung konnte eine besetzt werden; der Stelleninhaber tritt seinen Dienst im Januar an. Um die Personalsituation langfristig zu verbessern, forderte die Landessynode das LKA auf, eine Kooperation mit Hochschulen zu prüfen. Planungs- und Finanzausschuss sollen die weitere Umsetzung des IT-Konzeptes begleiten.

Hoffnung wird jetzt auf einen personellen Ausbau gesetzt: Von 3,5 ausgeschriebenen Stellen in der IT-Abteilung konnte eine besetzt werden; der Stelleninhaber tritt seinen Dienst im Januar an. Um die Personalsituation langfristig zu verbessern, forderte die Landessynode das LKA auf, eine Kooperation mit Hochschulen zu prüfen. Planungs- und Finanzausschuss sollen die weitere Umsetzung des IT-Konzeptes begleiten.

## Stellenanteile für erfolgreiche Social-Media-Projekte

Mit klarer Mehrheit brachte die Landessynode ein für zwei Jahre geplantes Projekt auf den Weg, das von der Evangelischen Medienarbeit (EMA) und dem Landeskirchenamt gemeinsam entwickelt worden war. Ziel der damit verbundenen Förderung ist es, Pastor\*innen, Diakon\*innen und Kirchenmusiker\*innen, die bereits mit erfolgreichen Social-Media-Projekten unterwegs sind, mit Stellenanteilen für ihre Arbeit auszustatten und sie miteinander und mit der Kirchenleitung zu vernetzen.

Mit dem Aktenstück Nr. 48 A stellte Dr. Martin Krarup (Sprenkel Stade)

als Vorsitzender des Ausschusses für Theologie und Kirche das Projekt vor. „Soziales Leben verändert sich und verlagert sich ins Digitale – viel Digitales ist gekommen um zu bleiben“, stellte er fest. Die Landeskirche sieht er damit vor mehrere Aufgaben gestellt: Es gelte zu verstehen, wie sich die Kommunikation des Evangeliums in Social Media darstelle, zudem zu erkennen, wie sich das dynamische und stark generationsspezifische Medium entwickle. „Kirchenleitung muss mit denen, die dort handeln, in engem Austausch sein“, so Krarup.

Geplant ist die Finanzierung zusätzlicher Stellenanteile für Pastorin Ina Jäckel (Leer), die Pastoren Christopher Schlicht und Max Bode (Bremerhaven) und Pastor Quinton Ceasar (Wiesmoor). Fortgeführt werden soll auch die Finanzierung des sehr erfolgreichen YouTube-Kanals „Anders Amen“ des Pastorinnen-Ehepaars Ellen und Stefanie Radtke. Nach weiteren Akteur\*innen wird unter Diakon\*innen und Kirchenmusiker\*innen gesucht. Die Kosten für das Projekt belaufen sich auf 280.000 Euro pro Jahr; der Projektstart ist für den 1. Januar 2023 geplant.

## „Eine Zäsur in der Meinungsbildung und Selbstverwaltung“ Beteiligungsplattform des Zukunftsprozesses schafft neue Möglichkeiten

„Jetzt geht’s los. Der Zukunftsprozess beginnt.“ Mit diesen ermutigenden Worten von Landesbischof Ralf Meister beginnt das Aktenstück Nr. 25 C zum Stand des Zukunftsprozesses (ZP). In der Landessynode stellten drei Mitglieder des vom Landeskirchenamt im Auftrag der Landessynode installierten ZP-Teams vor, was der Prozess aus ihrer Sicht insbesondere sein soll: eine große Bewegung.

Zentrales Element des Zukunftsprozesses ist die Beteiligungsplattform, wie Prof. Dr. Hanns-Stephan Haas erklärte. Derartige Plattformen seien nicht einfach eine methodische Veränderung, sondern eine Zäsur in der öffentlichen Meinungsbildung und Selbstverwaltung, vergleichbar mit der Erfindung des Buchdrucks. „Wir reagieren auf die wachsende Komplexität in Kirche und Gesellschaft, indem wir die Diversität in Organisationen steigern – die Anforderungen lassen sich nur mit einem Optimum an Vielfalt bewältigen“, so Haas. Die Beteiligungsplattform diene dazu, dieser Vielfalt Gehör zu verschaffen und sie zu organisieren.

Die Plattform bietet verschiedene

Möglichkeiten der Beteiligung: Inspirationen, Werkräume und Konkreationen. 40 Inspirationen seien bereits eingetragen worden, berichtete Anne-Constanze Wolters vom ZP-Team; in acht Werkräumen werde konkret gearbeitet. Ziel sei es, die hier eingetragenen Themen bis zur Beschlussreife und Umsetzbarkeit zu bearbeiten.

Die Synodalen Merle Gabade (Sprengel Stade) und Gerhard Koepsel (Lüneburg) betonten, dass der Zukunftsprozess von Beteiligung lebe und es Aufgabe jeder und jedes Synodalen sei, in ihren jeweiligen Bezügen für diesen Prozess zu werben. Christine Lührs (Osnabrück) nannte Vakanzen und Umstrukturierungen in den Kirchenkreisen



*Wie entwickelt sich Beteiligung? Vielleicht in Murmelgruppen, in denen die Synodalen zusammenkamen.*

als Hindernis; Regionalbischof Friedrich Selter (Osnabrück), Vorsitzender des Koordinierungsrates für den Zukunftsprozess, regte an, jeder Kirchenkreisvorstand solle am Ende jeder Sitzung überlegen, welche der bearbeiteten Themen für den Zukunftsprozess relevant seien.

## Brot für die Welt verkörpert Mut und Hoffnung

„Mut und Hoffnung sind das, was wir verkörpern“ – mit diesen Worten steckte Dr. Dagmar Pruin, Präsidentin der Hilfsorganisation Brot für die Welt und der Diakonie Katastrophenhilfe, den Rahmen ab für ihren rund einstündigen Bericht vor der Landessynode. Darin ging sie auf die Weltklimakonferenz in Sharm el Sheikh mit ihren enttäuschenden Verabredungen zum Klimaschutz und der lange geforderten Einrichtung des Fonds „Loss and Damages“ ebenso ein wie auf eine Initiative aus Brandenburg, die bäuerliche Familien in Bangladesch darin unterstützt, mit den Folgen des Klimawandels zu leben. „Was dort möglich ist, ist atemberaubend“, berichtete Pruin. Brot für die Welt arbeite

in 80 Ländern und unterstütze jährlich etwa 1.800 Projekte, häufig in Zusammenarbeit mit kleinen Organisationen vor Ort. „Unsere Hilfe bemisst sich allein an der Größe der Not, das ist das humanitäre Prinzip“, erklärte Pruin zur Auswahl der Länder und Projekte. Schmerzhaft erlebe sie immer wieder, wie schnell die Aufmerksamkeit gegenüber humanitären Krisen nachlasse: „Ein Krieg erhält Aufmerksamkeit, aber die brutalen Hungerkatastrophen kommen in der Öffentlichkeit nicht vor.“

Obwohl es im Koalitionsvertrag vorgesehen gewesen sei, habe der Krieg in der Ukraine nicht dazu geführt, dass im Bundeshaushalt mehr Mittel zur zivilen Krisenprävention eingesetzt wor-

den seien, kritisierte Pruin und forderte eine gemeinsame europäische Sicherheitsagentur.

Michael Thiel, Direktor des Ev.-luth. Missionswerkes in Niedersachsen (ELM), legte im Anschluss den Tätigkeitsbericht der Einrichtung in mündlicher und gedruckter Form vor. Dr. Jörg Zimmermann (Sprengel Lüneburg), Vorsitzender des Ausschusses für Mission und Ökumene, dankte Thiel und den Mitarbeitenden des ELM für die hoch professionelle Arbeit: „Unser Geld ist da super gut angelegt und die Wirkung geht weit über den früher angedachten Horizont hinaus.“ Das ELM möge sich in den Zukunftsprozess der Landeskirche einbringen, bat Zimmermann.

# „Das sind wir Betroffenen und der Wahrheit schuldig“

Über den Sachstand im Kampf gegen sexualisierte Gewalt informierte Dr. Rainer Mainusch, Juristischer Vizepräsident des Landeskirchenamtes, die Landessynode. In 37 Kirchenkreisen habe es bereits Veranstaltungen zur Information und Sensibilisierung für das Thema gegeben, darüber hinaus seien in dreitägigen Schulungen 24 Multiplikator\*innen für die Kirchenkreise ausgebildet worden; weitere Schulungen seien geplant.

In der Fachstelle im Landeskirchenamt ist Referentin Mareike Dee mit der Aufgabe befasst, das Konzept für Schutzkonzepte zu präzisieren; darüber hinaus werden themenspezifische Qualifizierungsbausteine, z.B. zu sexualisierter Gewalt im Netz, zur Plausibilitätsprüfung und zur Öffentlichkeits-

arbeit, entwickelt. Im Predigerseminar absolvierten angehende Pastor\*innen bereits in zwei Kursdurchläufen Module zum Thema, zudem soll die Beschäftigung mit dem Schutz vor sexualisierter Gewalt auch fest in die Juleica-Ausbildung integriert werden.

Neben der Prävention stehe die Aufarbeitung im Fokus, so Mainusch. Mehrere Prozesse würden aktuell bearbeitet, unter ihnen auch solche, in denen Betroffene ausdrücklich keine Öffentlichkeit wollten. Zudem beteiligt sich die Landeskirche an der EKD-weiten „ForuM“-Studie eines Forschungsverbundes. Als weitere Schwerpunkte für 2023 benannte Mainusch einen breiter angelegten Interventionsplan und die Mitarbeit in einer regionalen Aufarbei-

tungskommission im Verbund mit den anderen vier niedersächsischen Kirchen sowie Bremen.

Zum Ende seines Berichtes dankte Mainusch denjenigen, die all das möglich gemacht hatten, insbesondere den Mitarbeitenden der Fachstelle. Christian Berndt (Sprengel Lüneburg) gab den Dank zurück: Mainusch selbst habe sich im Zuge der Aufarbeitung immer wieder um die wirklich schwierigen Dinge kümmern müssen und sei für alle Fragen jederzeit ansprechbar gewesen.

Mainusch schloss mit einer Botschaft aus der Fachstelle: „Wir konnten Schritte gehen, das ändert aber nichts daran, dass wir noch weitere gehen müssen – das sind wir den Betroffenen, der Kirche und der Wahrheit schuldig.“

## Dr. Matthias Kannengießer bleibt Präsident

Dr. Matthias Kannengießer (Sprengel Hannover) bleibt Präsident der hannoverschen Landessynode – das Kirchenparlament wählte den 54-jährigen Juristen aus Hannover erneut in das Ehrenamt.

Die Amtszeit des Präsidiums beträgt drei Jahre; jeweils zur Halbzeit einer Legislaturperiode der Landessynode wird daher neu gewählt. Kannengießer steht seit Anfang 2014 an der Spitze

der hannoverschen Landessynode.

Zur Ersten Vizepräsidentin wählten die Mitglieder der Landessynode die Diplom-Ökonomin Wencke Breyer (Hannover), Zweite Vizepräsidentin wurde die Rechtsanwältin und Notarin Doris Feuerhake (Hildesheim-Göttingen). Zum Dritten Vizepräsidenten wurde der Vorstandsassistent Knut Laemmerhirt (Osnabrück) bestimmt. Alle drei Stellvertreter\*innen

wurden damit in ihren Ämtern bestätigt. Als Schriftführer\*innen neu oder wiedergewählt wurden Daniel Aldag (Ostfriesland-Ems), Friedo Hansen und Nina Hollung (beide Lüneburg), Kai Koeser (Stade), Antonia Potempa und Ute Szameitat (Lüneburg). Petra Utermöller (Hildesheim-Göttingen) und Henry Schwier (Lüneburg) schieden auf eigenen Wunsch aus dem Präsidium aus.



Doris Feuerhake (von links), Wencke Breyer, Antonia Potempa, Friedo Hansen, Nina Hollung, Daniel Aldag und Knut Laemmerhirt gehören zum Präsidium. Dr. Matthias Kannengießer konnte nicht an der Tagung der Landessynode teilnehmen.

### Impressum

Herausgegeben im Auftrag der 26. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers von der landeskirchlichen Pressestelle, Rote Reihe 6, 30169 Hannover

Redaktion: Andrea Hesse  
Grafik und Satz: Andrea Hesse  
Fotos: Jens Schulze  
Druck: QUBUS media, Hannover



[www.synode.landeskirche-hannovers.de](http://www.synode.landeskirche-hannovers.de)